

# DEUTSCHE WIRTSCHAFT

## Deutsche Wirtschaftspolitik im Herbst 1958

Der Gang der Konjunktur interessiert heute sehr viel mehr Leute als früher. Das ist wohl vor allem auf die Schwächezeichen zurückzuführen, die sich in wichtigen Produktionsbereichen bemerkbar gemacht und mit der Vorstellung aufgeräumt haben, die starke Expansion der letzten Jahre halte ewig an. Wir haben uns an hohe Wachstumsraten unseres Sozialprodukts so gewöhnt, daß wir unruhig werden, wenn das Tempo sich verlangsamt und „normalisiert“. Wir wollen mehr denn je wissen, wie es weitergeht, ob uns Arbeitslosigkeit größeren Umfangs droht, ob der Wert des Geldes sich verschlechtert, ob sich die Rezessionstendenzen durchsetzen, ob neue inflationäre Gefahren zum Durchbruch kommen — oder ob wir es in der Tat mit einer erfreulichen Normalisierung zu tun haben. So heiß unser Verlangen sein mag, auf solche Fragen vernünftige Antworten zu erhalten, die Fähigkeiten unserer Konjunkturpropheten sind begrenzt. Trotz aller Verfeinerung und Objektivierung bleibt ein Rest von Ungewißheit, der alle Voraussagen fragwürdig macht. Die Reaktionen der Menschen auf wirtschaftspolitische und konjunkturelle Veränderungen bleiben unberechenbar und lassen immer neue Überraschungen zu. Deshalb ist auch jetzt, mitten im herbstlichen Saisonaufschwung, nicht mit Sicherheit zu sagen, wohin der Wagen unserer Wirtschaft fährt.

Auf der Seite der Optimisten steht selbstverständlich wie eh und je der *Bundeswirtschaftsminister*. Er deutete auf der Frankfurter Herbstmesse auf die merkwürdige Erfahrung hin, die wir in diesem Jahr gemacht haben: Daß nämlich eine gute gesamtwirtschaftliche Konjunktur in sich selbst und in den verschiedenen Branchen durchaus unterschiedlicher Art und Güte sein kann. „Es gab in diesem Jahr — abgesehen von der speziellen Kohlesituation — vor allem im Bereich der typischen Verbrauchsgüterindustrie des täglichen Bedarfs Wirtschaftszweige, die zweifellos nicht gerade auf der Sonnenseite lagen.“ Es bestehe aber keine akute Gefahr und daher auch keine akute Notwendigkeit des Eingreifens, wenn an irgendeiner Stelle eine Störung auftaucht, wenn in einem Wirtschaftsbereich einmal eine etwas schwächere Konjunktur zu verzeichnen ist oder wenn sich die Gunst des Konsumenten in seiner Bedarfsdeckung von dahin nach dorthin verlagert. „Das bleibt natürlich auf der einen Seite ein Vorzug, auf der anderen Seite ist es

eben ein Nachteil, der hingenommen werden muß.“ Und dann meinte Erhard: „Es spricht diesmal alles dafür, daß wir in ein gutes Herbst- und Wintergeschäft eintreten.“

Die Deutsche Bundesbank teilt diesen Optimismus: Nach wie vor seien die Auftriebskräfte insgesamt gesehen stärker als die retardierenden Einflüsse, so daß weiter von einem mäßigen konjunkturellen Wachstum gesprochen werden kann.

Die Richtigkeit dieser Behauptung scheinen die erfreulich günstigen Zahlen über die *Arbeitslosigkeit* zu untermauern. Daß die Erwerbslosigkeit in den letzten Monaten abgenommen hat, war aus saisonalen Gründen nicht anders zu erwarten. Sie ist aber stärker zurückgegangen als in den Vorjahren. Selbst im September nahm die Arbeitslosenzahl noch einmal ab, obwohl sie im gleichen Monat 1957 und 1956 bereits wieder angestiegen war. Allerdings besteht noch in vielen Betrieben Kurzarbeit, so daß die gegenwärtig hohe Beschäftigtenzahl nicht ganz mit den Vorjahrsziffern vergleichbar ist. Wie die Bundesbank in ihrem Septemberbericht mitteilt, ist aber auch die Zahl der registrierten Kurzarbeiter, die bis zum Juni steigende Tendenz aufwies, von 53 000 im Juli auf 38 000 im August zurückgegangen. Vor allem in der Textil- und Bekleidungsindustrie hat ein Großteil der Betriebe, die in den zurückliegenden Monaten zur Kurzarbeit übergegangen waren, nun wieder die normale Arbeitszeit eingeführt. Die Kurzarbeit sei aber trotzdem weiter verbreitet als vor einem Jahr, da einzelne Branchen auch in den letzten Monaten nicht zu einer normalen Auslastung ihrer Produktionskapazitäten in der Lage waren, dem aber mehr durch Kurzarbeit als durch Entlassungen Rechnung trugen.

Die günstige Beschäftigungslage — Ende September hatten wir eine Arbeitslosenquote von 1,7 vH und damit den niedrigsten Stand seit der Währungsreform — ist nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften in hohem Maße durch saisonale Kräfte hervorgerufen worden. „In den von Rückschlägen betroffenen Branchen freigesetzte Arbeitskräfte haben daher, solange die günstige Jahreszeit angehalten hat, verhältnismäßig leicht in Saisongewerben, namentlich in der Bauwirtschaft, aber auch bei Dienstleistungen wieder Beschäftigung gefunden. In allen diesen Fällen haben günstige Saisoneinflüsse also konjunkturelle Dämpfungserscheinungen für den Augenblick auf dem Arbeitsmarkt ausgeglichen. Diese Arbeitsplätze sind aber nicht auf die Dauer gesichert. Wir müssen vielmehr für den Winter mit einer überdurchschnittlichen Erhöhung der Arbeitslosenzahl rechnen, wenn die Saisonbetriebe die vorübergehend aufgenommenen Arbeitskräfte wieder entlassen. Dieser drohenden Verschärfung der Arbeitslosigkeit kann erfolgreich nur begegnet werden, wenn es

gelingt, den technisch durchaus möglichen Winterbau in diesem Jahr wirklich in ausreichendem Maße in Gang zu bringen.“

\*

Diese Bewegung der Beschäftigung spielt sich auf dem Hintergrund eines stetigen *Nachlassens des wirtschaftlichen Wachstums* bei einer sehr differenzierten Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ab. Im zweiten Quartal 1958 betrug die Zuwachsrate des Brutto-sozialprodukts nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung real nur 1,7 vH. Für das erste Halbjahr 1958 ergibt sich damit insgesamt ein realer Fortschritt gegenüber dem ersten Halbjahr 1957 von etwa 2 vH. Die Preise sind seit Jahresbeginn kaum noch gestiegen, dabei hat sich allerdings der zu Beginn des Jahres festzustellende große Abstand des diesjährigen vom vorjährigen Preisniveau nicht nennenswert verändert. Der nominale Zuwachs des Brutto-sozialprodukts betrug im ersten Halbjahr 1958 gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit reichlich 6 vH.

Seit Monaten bestehen in einigen Industriezweigen, so insbesondere im Bergbau, der Stahlindustrie, der Textil- und Lederindustrie, im Schiffsbau und im Bekleidungs-gewerbe *Absatzschwierigkeiten*, die teilweise zu Produktionseinschränkungen und zur Freisetzung von Arbeitskräften geführt haben. Das Unbehagen an solchen Botschaften tut die offizielle Bonner Wirtschaftspolitik mit dem Hinweis auf die Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft ab. So einfach sollte man sich die Sache aber nicht machen. Immerhin gehören Kohle und Stahl zu unseren wichtigsten Grundstoffindustrien. Und im Bereich der deutschen Textilindustrie sind rund 600 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Sie ist in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung ebenso groß wie die Chemie und der Maschinenbau. Mit 2,5 Mrd. D-Mark ist sie der größte Rohstoffimporteur. Es sind also keine Randgebiete unserer Volkswirtschaft, die von einer nun schon Monate anhaltenden Flaute betroffen sind.

Zu den *positiven* Faktoren gehört die Entwicklung in der Bauindustrie und im Investitionsgüterbereich, hier vor allem in der Autoindustrie, in der elektrotechnischen Industrie und im Maschinenbau. Eine besonders große Belebung wiesen, durch die Zinssenkungstendenzen auf den Kreditmärkten angeregt, der Wohnungsbau und die öffentliche Bautätigkeit auf. In welchem Maße die wachsende Ergiebigkeit des Kapitalmarkts die Finanzierung des Wohnungsbaus erleichtert, geht schon daraus hervor, daß in den ersten acht Monaten dieses Jahres die Hypothekenzusagen der Kapitalsammelstellen um 39 vH höher waren als in der gleichen Vorjahrsperiode, in den Monaten Juni bis August waren es allein 41 vH. Die Bauinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft haben auf die Erleichterung der Finanzierungsbedin-

gungen noch nicht spürbar reagiert. Das liegt nach Auffassung der Bundesbank in erster Linie daran, daß in den meisten Branchen infolge der Dämpfung des Endabsatzes keine große Neigung zu Kapazitätsausweitungen besteht. „Die Investitionen der Wirtschaft sind vielmehr in wachsendem Maße von dem Zwang zur Rationalisierung bestimmt worden, weshalb eine konjunkturelle Zunahme bisher nur bei den Ausrüstungsinvestitionen zu beobachten war.“ Innerhalb der Ausrüstungsinvestitionen ist allerdings in letzter Zeit zu erkennen, daß auch die der Anlageerweiterung dienenden Güter wieder etwas stärker nachgefragt werden.

\*

In den kommenden Monaten wird sich die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen wahrscheinlich fortsetzen. Die Ziffern der *Auftrags-eingänge*, die bei Abschluß dieses Berichts leider erst bis Ende August vorliegen, deuten darauf hin, daß die Schwächeerscheinungen der klassischen Verbrauchsgüterindustrien insgesamt weiter anhalten. Die Inlandsnachfrage ist hier erneut zurückgegangen, und zwar stärker als in den früheren Jahren. Besonders gering war der Bestelleingang in den Industriezweigen, die Bekleidungsgegenstände herstellen, während die Glas- und Möbelindustrie teilweise erhebliche Zunahmen ihrer Aufträge verbuchen konnten. Nach wie vor günstig erscheint die Auftragslage in den Investitionsgüterindustrien, bei denen die Bestellungen über dem Vorjahrsresultat liegen. Zu einem großen Teil beruht diese Zunahme auf der verstärkten Nachfrage nach langlebigen Verbrauchsgütern. Die Auslandsnachfrage war in allen Industriezweigen mäßig.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beurteilt die künftige Entwicklung im Investitionsbereich und im öffentlichen Verbrauch positiv. Die Abschwächung der Wachstumsrate der Ausfuhr habe ihren Tiefstand aber noch nicht erreicht. Es sei anzunehmen, daß die Nettolöhne und -gehälter sowie vor allem die Sozialeinkommen im zweiten Halbjahr 1958 sowohl nominal als auch real geringere Zuwachsraten aufweisen als im ersten Halbjahr. Da die Sparneigung der Bevölkerung von dieser Entwicklung kaum betroffen werden wird, sei entsprechend mit einer weiteren abgeschwächten Zuwachsrate der privaten Nachfrage zu rechnen. Auch die Lagerbildung werde eher ab- als zunehmen. „Alles in allem dürften die vorstehend aufgeführten positiven und negativen Faktoren sich in ihrer Wirkung auf die Entwicklung des Brutto-sozialprodukts größtenteils ausgleichen, so daß zwar mit dem Fortbestand, der für das erste Halbjahr 1958 festgestellten verhältnismäßig niedrigen Wachstumsrate zu rechnen ist, daß aber an einem Umschlag der konjunkturellen Entwicklung im Sinne einer nennenswert verstärkten Expansion zunächst kaum gedacht werden kann.“

Aus diesem Sachverhalt zieht das Institut die Folgerung, daß alles geschehen müsse, um der realen Entwicklung des privaten Verbrauchs Hilfestellung zu geben. „Dies ist von der Seite der Preisgestaltung her möglich.“ Die zu prognostizierende weitere leichte Aufwärtsbewegung der nominalen Masseneinkommen sei zu begrüßen. „Insbesondere besteht kein Zweifel, daß das zu Beginn des nächsten Jahres fällige Nachziehen der ‚Altbestands-Renten‘ — das die gesamte Nachfrage nach Verbrauchsgütern um etwa 1/2 vH erhöhen dürfte — konjunkturell durchaus zu verantworten ist.“

Preissenkungen in Verbindung mit Lohn-erhöhungen sind also — deutlich gesagt — das Mittel, das am ehesten dazu beitragen kann, daß die zwar langsame, aber doch spürbare Aufwärtsbewegung der deutschen Gesamtkonjunktur anhält. Werden die Preise hochgehalten, sinken die Chancen eines weiteren Aufstiegs. Erfreulicherweise hörte man aus der Wirtschaft selbst kürzlich eine Stimme, die zur Vernunft mahnte. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags forderte die Unternehmer auf, aus eigener Kraft die Anpassung an die veränderten Verhältnisse zu vollziehen. Die Wirtschaft solle alle Kräfte der Rationalisierung zuwenden. Es komme nicht mehr darauf an, die Kapazitäten zu erweitern, sondern „das extensive in ein intensives Wirtschaftswachstum“ zu verwandeln. Bei der langsamen Entwicklung unserer Konjunktur sei es richtig, die Preise zu senken und nicht die Produktion herabzusetzen. Solche goldenen Worte hört man gern. Hoffentlich werden sie von denen, an die sie gerichtet sind, auch beherzigt. Die Gewerkschaften, die schon seit langem dasselbe sagen, hat man bisher leider nicht gehört.

\*

Betrachtet man die Konjunktur unter dem Gesichtspunkt der *Geldwertstabilität*, so kommt man zu einigen bedenklichen Feststellungen. Das nominale Sozialprodukt wächst seit Jahren sehr viel stärker als das reale. Das bedeutet, daß die Preise fortwährend gestiegen sind. Möglich war dies, weil mehr virulentes Geld im Umlauf gewesen ist, als zur Bewältigung der Umsätze bei stabilen Preisen notwendig gewesen wäre. Das Preisniveau kann, darauf weist die Gemeinschaft zum Schütze des deutschen Sparers in einer Studie über die Quellen und Wege des starken Geldzustroms hin, in einer grundsätzlich nach dem Wettbewerbsprinzip geordneten Volkswirtschaft nur steigen, wenn monetäre „Oberrachfrage“ herrscht.

Das Münchener Ifo-Institut hat ausgerechnet, daß im ersten Halbjahr 1958 die Geldmenge um nahezu 14 vH größer war als in der ersten Hälfte 1957, daß die Gesamtumsätze demgegenüber aber nur um 4 vH gestiegen sind.

Im zweiten Halbjahr 1957 und im ersten Halbjahr 1958 hat die Bundesbank das Geld-

volumen um nicht weniger als 4,7 Mrd. DM steigen lassen, und zwar als Folge der Devisenzugänge des Bankensystems in Höhe von allein 4,8 Mrd. DM.

„Die ständige Neuschaffung von Zentralbankgeld im Auslandsgeschäft“, schreibt die Gemeinschaft zum Schutz der Sparer, „die sich bei den Kreditinstituten in starken Zuflüssen insbesondere an Sicht- und Termineinlagen niederschlägt, hat zur Folge, daß das Bankensystem einer bislang in Friedenszeiten nicht gekannten Geldfülle ausgesetzt ist. Dabei ist zu bedenken, daß die Bestände der Kreditinstitute an Offenmarktpapieren der Notenbank in Höhe von fast 7 Mrd. DM praktisch eine Liquiditätsreserve darstellen. Auf der gleichen Linie liegt die kontinuierliche Abnahme der Notenbankverschuldung der Kreditinstitute, die im August unter 1 Mrd. DM gesunken ist und damit den niedrigsten Stand seit 1948 erreicht hat. Beide Faktoren verleihen dem Bankensystem in seinen kredittechnischen Möglichkeiten eine außerordentlich hohe Elastizität, die bei einem erneuten Anziehen der Konjunktur den Keim für Übersteigerungen in sich bergen könnte. Ob einer derartigen Liquidität gegenüber der Versuch einer Steuerung mit Hilfe der notenbankpolitischen Mittel vollen Erfolg verspricht, ist offen.“

Die Außenhandelsüberschüsse haben aber nicht nur die Geldflüssigkeit der Banken, sondern auch die des Publikums stark ausgeweitet. Für den Geldwert schädliche Auswirkungen hätten sich bis jetzt deshalb nicht ergeben, weil die Wirtschaft bei ihren Ausgaben bei weitem nicht von den ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten Gebrauch gemacht hat. Ein erneuter Konjunkturanstieg könnte aber auch hier sehr bald einen Wandel schaffen, dem die staatliche Konjunkturpolitik nur mit großer Verspätung entgegenwirken könnte.

„Die Bemühungen der Notenbank, die durch die Außenhandelsüberschüsse neu geschöpften Beträge im Wege der Offenmarktpolitik zum Teil wieder zu neutralisieren, haben nur insoweit einen Erfolg, als die Bankenliquidität davon beeinflußt wird. Dagegen kann die außerordentliche Liquiditätslage der Wirtschaft auf diesem Wege kaum beeinflußt werden . . . Die Wirtschafts- und Währungspolitik wird diese bedenklichen Faktoren im Auge behalten und ihr Wirksamwerden rechtzeitig durch entgegengerichtete Maßnahmen verhindern müssen, wenn vermieden werden soll, daß die nächste Hochkonjunktur, die sich nach Auffassung mancher . . . Experten schon andeutet, wieder in eine geldwertverschlechternde Übersteigerung ausartet. Bis dahin lautet die geldpolitische Forderung, daß die zehnprozentige Preiserhöhung der letzten Jahre soweit wie möglich korrigiert wird.“

\*

In den letzten Wochen haben die Gefahren der *Konzentration wirtschaftlicher Macht* wie-

derholt die Gemüter erregt. Vor allem der Bundeskanzler hat vor weiteren Machtzusammenballungen gewarnt. Sowohl auf dem Parteitag der CDU in Kiel als auch jüngst auf dem Bankiertag 1958 in Köln appellierte er an die Wirtschaft, keine überflüssige Konzentration zu betreiben. Wenn es dazu käme, daß ein übermäßig großer Anteil der gesamten Volkswirtschaft in die Verfügung weniger Hände geriete, würde damit das Grab der freien Wirtschaft gegraben.

Es ist erfreulich, daß sich endlich auch in der Bundesregierung die Einsicht durchgesetzt hat, daß zuviel Macht in wenigen Händen die Freiheit gefährdet. Bisher hat man von Bonn aus wenig unternommen, um der Macht- und Vermögenskonzentration Einhalt zu gebieten. Vielleicht ist nach den verschiedenen Mahnungen des Kanzlers in absehbarer Zeit doch ein verstärkter Widerstand gegen die Konzentrationsbewegung zu verspüren, die sich ja keineswegs auf die Montanindustrie beschränkt, sondern auch alle anderen Bereiche der Wirtschaft umfaßt.

Das Statistische Bundesamt hat vor einiger Zeit 1936 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von rund 18 Mrd. DM untersucht, das sind etwa zwei Drittel der Zahl und drei Viertel des Kapitals aller deutschen Aktiengesellschaften. Es kam zu der — der Tendenz nach — keineswegs überraschenden Feststellung, daß im Jahr 1956 rund 6,2 Mrd. DM Aktienkapital im Schachtelbesitz bei anderen Aktiengesellschaften und über 8 Mrd. DM im Dauerbesitz sonstiger Kapitalbesitzer, insbesondere des Bundes, der Länder und Gemeinden sowie von Ausländern waren. Auf die sogenannten freien Aktionäre entfielen etwa 3,7 Mrd. DM. Der Schachtel- wie auch der andere Dauerbesitz war absolut und relativ höher als vor dem Krieg.

Der *Deutsche Gewerkschaftsbund* hat inzwischen ebenfalls zur wirtschaftlichen Konzentration Stellung genommen. In einer vom Bundesvorstand angenommenen Entschliebung dazu heißt es:

„Als Maßstab unserer Unterstützung in der Herstellung einer sinnvoll gegliederten Wirtschaft gelten einzig und allein wirtschaftliche Gesichtspunkte. Nur dort, wo aus diesen Gründen Konzentrationsabsichten gerechtfertigt waren, konnten sie von den Gewerkschaften gefördert werden. Es erweist sich aber, daß der Konzentrationsprozeß immer weitere Bereiche der deutschen Wirtschaft erfaßt und immer neue Formen annimmt. Im Zuge dieser fortschreitenden Konzentration werden sinnvolle Konzerngrenzen überschritten. Der DGB muß in dieser Situation seine warnende Stimme erheben. Eine derartige Konzentration gefährdet nicht nur den freien Wettbewerb, sie ist auch eine wirtschaftspolitische und eine politische Gefahr. Soweit es sich nicht um wirtschaftlich und technisch sinnvolle und notwendige Verbund-

lösungen handelt, können sie nicht die Billigung der Gewerkschaften finden. Dort, wo solche Notwendigkeiten anerkannt werden, ist im Interesse der demokratischen Kontrolle und zur Vermeidung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht die volle und unbeschränkte Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung eine Voraussetzung, auf die in keinem Fall verzichtet werden kann.“

\*

Im Zusammenhang mit der Ablehnung der Konzernbildung spielt die Förderung der mittelständischen Wirtschaft eine ausschlaggebende Rolle. Sowohl *Adenauer* als auch *Erhard* stimmen immer wieder dieses Lied an. Die Entfaltungsmöglichkeiten der mittelständischen Unternehmen dürfen sicherlich nicht beengt werden. Wenn die Bejahung des Mittelstandes aber in gefährliche Forderungen zur Errichtung von Naturschutzparks umschlägt, wird ein Weg beschritten, der keineswegs mit den Prinzipien unserer Wirtschaftsordnung übereinstimmt. Die Aufgabe des Staates ist es, die Bedingungen eines ungehinderten Wettbewerbs zu schaffen und den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern. Im übrigen ist es Sache der einzelnen Wirtschaftsbereiche, die produktionstechnischen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, die es ihnen gestatten, den wirtschaftlichen Wettkampf erfolgreich zu bestehen.

Das gilt auch für das *Handwerk*, dem der DGB gerade in diesen Wochen eine große Aktion widmet, um den in diesem Wirtschaftsbereich Beschäftigten, darüber hinaus aber der ganzen Öffentlichkeit zu bekunden, daß sich die modernen Industriegewerkschaften auch um die Lehrlinge, Gesellen, Arbeiter und Angestellten im Handwerk kümmern.

In ihrem Verhältnis zum Handwerk gehen die Gewerkschaften von einer ganz nüchternen Einschätzung der wirtschaftlichen Tatsachen aus, die besagen, daß die Technik in zunehmendem Maße unsere Produktionsmethoden und unsere Lebensgewohnheiten verändern. Die Technik zwingt zu einem großen Aufwand an finanziellen Mitteln, um die notwendigen Voraussetzungen dieser Produktion zu erstellen. Dies wiederum zwingt aus produktionswirtschaftlichen und anderen Gründen zu größeren Produktionseinheiten und somit also zum Großbetrieb. Die freie Wirtschaft kennt nur ein wirklich gültiges Gesetz: nämlich, daß sich der wirtschaftlich Stärkere im Produktionsprozeß durchsetzt. Der Schwache geht in dieser Auseinandersetzung früher oder später unter. Nur durch diese ständige Auslese der Leistungsfähigsten kann sich überhaupt die freie Wirtschaft halten. Alles andere ist ein politisches Wunschdenken, dem täglich und stündlich die Wirklichkeit widerspricht.

Auf diese unabweislichen Tatbestände wies *Ludwig Rosenberg*, Leiter der Hauptabteilung Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand des DGB, auf einer Handwerkskundgebung in

Hamburg hin. Er sagte weiter, daß alle Methoden, die man sich ausdenken mag, um bestimmte Gesellschaftsschichten und bestimmte Produzentengruppen dem harten Wind der Konkurrenz zu entziehen, im direkten Gegensatz zu den Gesetzen der freien Wirtschaft stehen. „Machen wir uns nichts vor: In unserer Zeit und unserer Wirtschaft wird nur der bestehen können, der sich im Konkurrenzkampf der wirtschaftlichen Kräfte behaupten kann. Daran ändert eine sogenannte ‚Mittelstandspolitik‘ grundsätzlich nichts.“

Es sei nicht verwunderlich, daß man im Handwerk gelegentlich darüber klagen muß, daß weniger junge Menschen als bisher eine Lehre in handwerklichen Betrieben durchmachen wollen. Der Grund dafür sei, daß die Lehrbedingungen hier oft ungünstiger sind als in industriellen Unternehmungen. „Wenn sich die Gewerkschaften nun bemühen, auch im Handwerk jene Voraussetzungen zu schaffen, die die Arbeit in handwerklichen Betrieben für die Arbeitnehmer ebenso anziehend macht, wie sie es im Vergleich damit in vielen Großbetrieben ist, so tun sie damit nicht nur ihre Pflicht gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen in diesen Betrieben. Sie schaffen auch eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß sich das Handwerk im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftszweigen bewähren und behaupten kann.“

Die Gewerkschaften fühlen ihre wirtschaftliche Verantwortung auch im Handwerk und leiten daraus ein Recht auf Mitbestimmung ab, das von den Handwerksmeistern bisher aber nicht zugestanden wird. Freie Vereinbarungen mit den Organisationen des Handwerks kamen bisher nicht zustande. Das Handwerk hat sich geweigert, auf entsprechende Vorschläge der Gewerkschaften auch nur zu antworten, geschweige denn sich in Verhandlungen darüber einzulassen. Aus diesem Grund hat der DGB jetzt an den Bundestag einen Katalog von Forderungen herangebracht, die dazu beitragen sollen, durch die Verwirklichung einer Zusammenarbeit aller Beteiligten die unzweifelhaft schwierige Situation des Handwerks in der freien Wirtschaft zu bessern. Der DGB fordert:

1. Paritätische Vertretung der Gesellen in den Handwerkskammern,
2. Ausweitung dieser Vertretung auf alle im Handwerk beschäftigten Arbeitnehmer,
3. Änderung des Wahlverfahrens der Gesellenvertreter durch Wahlmänner in direkten Wahlen,
4. Vertretung des Handwerkskammerpräsidenten zuerst durch den Gesellenvizepräsidenten,
5. Einbeziehung der Handwerkskammerzusammenschlüsse — Deutscher Handwerkskammertag und regionale Handwerkskammervereinigungen — in die Handwerksordnung mit entsprechender Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen,
6. Festlegung einer Beteiligung der Gesellenvertreter an den regionalen Gewerbeförderungseinrichtungen des Handwerks und
7. zwingende Zuziehung der

Gesellenausschüsse der Innungen zu den Beratungen über alle Fragen der Berufsausbildung und sozialen Einrichtungen.

Das Handwerk ist ein bedeutsamer Wirtschaftszweig. Mehr als drei Millionen Lehrlinge, Gesellen, Arbeiter und Angestellte sind in ihm tätig. Das ist fast die Hälfte der in der Industrie beschäftigten Menschen. Dort sind es annähernd 7,5 Millionen. Im Handwerk arbeiten also etwa 30 vH aller in der unmittelbaren Produktion tätigen Arbeitnehmer. Rund 70 vH aller Lehrlinge erhalten im Handwerk ihre Berufsausbildung.

Das Handwerk der Bundesrepublik gliedert sich in 140 Handwerkszweige. Die Masse der Betriebe besteht aus kleineren Einheiten. Nach den vom Statistischen Bundesamt aufgliederten Erhebungsergebnissen beschäftigen rund drei Viertel aller in der Handwerkszählung 1956 erfaßten Betriebe einschließlich des Inhabers und der mithelfenden Familienangehörigen nicht mehr als vier Personen. Bei über neun Zehntel aller Betriebe geht die Beschäftigtenzahl nicht über neun Personen hinaus. Trotzdem läßt sich eine ausgeprägte Tendenz zum größeren Betrieb erkennen: Seit 1949 hat die Zahl der Handwerksbetriebe um 12,9 vH auf 751 600 abgenommen. Gleichzeitig hat sich die Zahl der im Handwerk Beschäftigten um 18,5 vH auf 3,62 Millionen erhöht. Im Verlauf dieses Konzentrationsprozesses sind 111 200 Handwerksbetriebe, meist kleinere, zum Erliegen gekommen.

Sowohl die Zahl der Einmannbetriebe als auch die Betriebe mit zwei bis vier Beschäftigten verringerte sich in den Jahren von 1949 bis 1956 um rund ein Fünftel. Dagegen ist der Anteil der Betriebe mit über vier Beschäftigten seit 1949 um 7 vH gestiegen. Die Betriebe mit fünf bis neun Beschäftigten nahmen um 12 700 auf 124 100 zu und vergrößerten ihren Anteil an der Gesamtzahl der Handwerksbetriebe um 3,6 auf 16,5 vH. Die Betriebe mit zehn bis 24 Beschäftigten, deren Zahl um 11 100 auf 47 600 stieg, erhöhten ihren Anteil um 2,1 vH.

Die Gewerkschaften haben wiederholt zum Ausdruck gebracht und auch während der „Handwerkswoche des DGB“ wieder bestätigt, daß ihnen an einem guten Verhältnis zum Handwerk gelegen ist. Sie hoffen für die Zukunft auf eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den Meistern, zumal gerade die Verbesserung der sozialen Bedingungen und der menschlichen Beziehungen in der heutigen Zeit starker wirtschaftlicher Veränderungen dem Handwerk zugute kommt. Je eher die Handwerksmeister ihren Widerstand gegen die Bemühungen der Gewerkschaften aufgeben und sich damit abfinden, daß die Zeiten alter Selbstherrlichkeit im Rahmen eines abgeschlossenen Berufsstandes vorüber sind, desto mehr nützen sie sich selbst und den in diesem wichtigen Wirtschaftsbereich beschäftigten Menschen.

*Richard Becker*